

RHEINISCHE POST

GLADBACHER ZEITUNG | RHEYDTER ZEITUNG

MITTWOCH 13. MAI 2009



St. Augustin: Schulministerin Sommer informiert sich vor Ort

Nach dem vereitelten Brandanschlag auf das Gymnasium in St. Augustin soll Haftbefehl gegen Tanja O. beantragt werden. **Seite A 3**



Ferrari droht mit dem Ausstieg aus der Formel 1

Die Italiener protestieren gegen die Pläne des Automobil-Weltverbandes, den Teams ein festes Budget für die Technik vorzuschreiben. **Seite D 2**



Dieter Baumann tingelt als Kabarettist durch Deutschland

Der Olympiasieger von 1992 im 5000-Meter-Lauf zeigt komödiantisches Talent und Selbstironie – als „Zahnpaste-Män“. **Seite D 3**

→ MÖNCHENGLADBACH

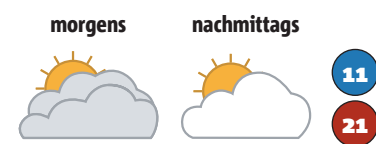
Elfjährige zeigte ihren Vater an



Wegen gefährlicher Körperverletzung seiner Tochter hat das Jugendschöffengericht gestern einen Vater zu drei Jahren Haft verurteilt. An einem Novembertag vergangenen Jahres war das Mädchen heimlich aus der Wohnung geschlichen. Bei der Polizei in Rheydt erklärte die Elfjährige: „Hier bin ich, ich kann nicht mehr.“ Sie zeigte den Vater an. Er habe sie wochenlang mit Faustschlägen und Tritten misshandelt.

STADTPOST SEITE C 1

WETTER



Heute Anfangs ist es wechselnd bewölkt, der Nachmittag bringt heiteres Wetter.

ZITAT

„Immer schön in Sichtweite der Wahrheit bleiben!“

Peter Ramsauer, CSU-Landesgruppenchef, über Wahlversprechen der Union.

→ LINKS AUSSEN

Schütt' die Sorgen in ein Gläschen Wein - Wer Sorgen hat, hat auch Likör - Trink, trink, Brüderlein trink. Man kennt solch alte Weisen, die Trost gegen den kleinen Kummer zwischendurch oder, in 007-Deutsch: ein Quantum Prost versprechen. Müsste nicht in harten Zeiten unseren Wirten das Herz im Leibe hüpfen, weil es den von der Krise geschüttelten, mitnichten gerührten Deutschen zwischen 18 und 80 ins Wirtshaus zieht? Am Tresen hängt, zum Tresen drängt doch alles. Ach, von wegen! Das Gastgewerbe meldet sinkende Umsätze. Die Landsleute nehmen den Trollinger-seligen Ratschlag („S muss mär g'suffe werde“) des schwäbischen ersten Bundespräsidenten Theodor („Papa“) Heuss zwar durchaus noch ernst, aber nicht im Wirtshaus. Wir meinen: Kneipen sind so systemrelevant wie Banken. Warum nur Staatsweingüter? Warum nicht Bundes-Kneipen wie „Bei Angie“ oder „Zum Köhler“? Mc.

www.rp-online.de

RP Ticket

Tickets kaufen Sie am besten bei uns.

018 03/30 33 30 (0,09 €/Gespräch)
www.rp-ticket.de

RP-KONTAKT
Anzeigenannahme
0180 211 50 50* / Mo. bis Fr. 8-18 Uhr
Leserservice
0180 2 00 20 30* / Mo. bis Fr. 6.30-18, Sa. 6.30-12 Uhr
* 6 Ct./Anruf a. d. Netz der DTAG, ggf. abw. Preise im Mobilfunk



Studie kritisiert hohe Steuerlast in Deutschland

Die Deutschen zahlen so viele Steuern und Abgaben wie die Bürger kaum eines anderen Landes. Das zeigt eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

VON GREGOR MAYNTZ

BERLIN Singles als Durchschnittsverdiener zahlen die meisten Steuern und Abgaben, auch Paaren mit Kindern wird in Deutschland mehr abverlangt als in anderen Staaten. Ganz schlecht geht es alleinerziehenden Geringverdienern, dafür werden Spitzenverdiener prozentual deutlich weniger belastet. Das sind zentrale Erkenntnisse einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die erstmals die Steuer- und Abgabenlast für nahezu das gesamte Einkommensspektrum in Industriestaaten miteinander verglichen hat.

„Deutschland belastet wie kaum ein anderes OECD-Land die Einkommen von Gering- und Durchschnittsverdienern mit Sozialabgaben und Steuern“, heißt es in der Studie. Das gelte sowohl für Singles als für Paare. Arbeite jedoch nur ein Partner, fielen die Abzüge im internationalen Ver-

gleich eher moderat aus – „unabhängig davon ob Kinder versorgt werden oder nicht“. Für einen alleinstehenden Geringverdiener mit zwei Dritteln des Durchschnittsverdienstes summieren sich Steuern und Abgaben auf 47,3 Prozent der Arbeitskosten – das ist nach Belgien der zweithöchste Wert. Bei einem Single mit einem Jahresgehalt von rund 63 000 Euro falle mit 53,7 Prozent Belastung der Spitzenwert an. Bei 110 000 Euro seien es nur noch 50 Prozent. Damit liege die Steuer- und Abgabenquote wieder auf dem Niveau eines Arbeitnehmers mit 36 500 Euro Jahresgehalt.

Insgesamt sei die Steuer- und Abgabenquote 2008 allerdings leicht gesunken und liege vor allem für Gutverdienende deutlich unter den Werten des Jahres 2000. Ein Ehepaar mit zwei Kindern, bei dem der eine Partner 44 000 und der andere 14 500 Euro verdiene, werde mit 41,4 Prozent belastet. Bringe dagegen nur einer dieselbe Summe nach Hause, liege die Belastung nur noch bei 38,9 Prozent. Besonders weit über dem Durchschnitt aller OECD-Länder liegt die Last in Deutschland bei Alleinerziehenden mit geringem Einkommen.

Der FDP-Steuerexperte Hermann Otto Solms bezeichnete die Studie als „Anklageschrift gegen Peer Steinbrücks Steuererhöhungspolitik“. Die Zahlen zeigten, wie ungerecht das deutsche Steuersystem sei, sagte Solms unserer Zeitung. Steuerentlastungen seien „nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen Vernunft, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit“. Die CDU sieht sich in ihrer Entscheidung für Steuererleichterungen bestätigt. „Die Studie macht deutlich, dass unser Vorhaben, die unteren und mittleren Einkommen weiter zu entlasten, notwendig und richtig ist“, sagte CDU-Generalsekretär Pofalla. „Damit motivieren und stärken wir die Leistungsträger“, unterstrich Pofalla. **LEITARTIKEL SEITE A 2**

INFO

Durchschnittslohn

Der aktuelle Durchschnittslohn in Deutschland beträgt laut OECD **43 942 Euro** (Grundlage: Jahresbruttoverdienst eines Vollzeitarbeitnehmers in der Privatwirtschaft). Das entspricht nach dem OECD-Maßstab einer Kaufkraft von 51 630 US-Dollar – gegenüber 35 384 Dollar im OECD-Schnitt.

Ulla Schmidt: Keine höhere Praxisgebühr

BERLIN (avg) Die Bundesregierung lehnt die von Ärzten geforderte höhere Praxisgebühr strikt ab. „Es wird keine höheren Zuzahlungen und keine höhere Praxisgebühr geben. Da ist nichts geplant“, ließ SPD-Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt über einen Sprecher ausrichten. Zuvor hatte die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein in unserer Zeitung fünf bis zehn Euro Praxisgebühr pro Arztbesuch verlangt. Derselbe Betrag müsse für eine Überweisung



Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). FOTO: HERTGEN

zum Facharzt fällig werden, forderte deren Vorsitzender Hansen. Wer den Facharzt direkt aufsuche, müsse 20 bis 25 Euro zahlen. Damit solle die in Deutschland überdurchschnittlich hohe Zahl der Arztbesuche verringert werden.

Die SPD im Bundestag lehnte den Vorstoß Hansens ebenfalls umgehend ab. Im Falle einer „Eintrittsgebühr“ vor jedem Arztbesuch bestehe die Gefahr, dass Bürger Krankheiten verschleppten und die Folgekosten fürs Gesundheitssystem noch höher ausfielen, sagte die Gesundheitsexpertin Carola Reimann zur Begründung. Die zu Jahresbeginn eingeführte Pauschalhonorierung werde den Anreiz für Kassenärzte senken, Patienten so oft wie möglich einzustellen. Die Wirkung dieser Neuregelung müsse jetzt abgewartet werden. Union und FDP wollten sich zu den Forderungen der Kassenärzte nicht äußern.

PRÜFUNG

Präsidenten-Paar macht Sportabzeichen



BERLIN (RP) Bundespräsident Horst Köhler und Ehefrau Eva Luise beim 3000-Meter-Lauf für das Staatsoberhaupt (16,5 Minuten) und ein 50-Meter-Lauf im Berliner Olympiastadion: Er brauchte 7,6 Sekunden für den Sprint, sie 10,4 Sekunden. Die Ausdauerdisziplinen zur Abnahme des Sportabzeichens bildeten ein

Präsidenten-Paar macht Sportabzeichen

Präsidenten-Paar macht Sportabzeichen

FOTO: AP

GM-Manager verkaufen schon ihre Aktien

BOCHUM (tor) Während der angeschlagene US-Autobauer General Motors (GM) seine Gläubiger als Aktionäre gewinnen will, haben sechs GM-Manager ihre Anteile komplett abgestoßen. Auch Europachef Forster verkaufte seine Anteile. Der Bochumer Opel-Betriebsratschef Eimenkel kritisierte die Aktienverkäufe als „desolates Signal“. Das zeige, „dass die Mana-

ger unserer Konzernmutter selbst nicht mehr an die Rettung von General Motors glauben“, sagte Eimenkel unserer Zeitung. Offenbar sei das Management überzeugt, dass GM „in wenigen Tagen“ in die Insolvenz gehe. Auch GM-Vorstandschef Henderson hatte zuvor erklärt, die zu lösenden Aufgaben seien so gewaltig, dass man einen Konkurs in Betracht ziehen müsse.

Ex-Ministerin Höhn für Rot-Rot-Grün in NRW

VON DETLEV HÜWEL

DÜSSELDORF Die Grünen-Politikerin Bärbel Höhn hat mit ihrem Ja zu einem rot-rot-grünen Bündnis in NRW heftige Kritik von CDU und FDP ausgelöst. Die Grünen müssten abwägen, mit welchen Parteien sie ihre Ziele in NRW am besten durchsetzen könnten, hatte Höhn der „Bild“-Zeitung gesagt. Wörtlich meinte sie: „Wenn das in einer rot-grün-roten Koalition ist – warum nicht?“

Die frühere NRW-Umweltministerin, Spitzenkandidatin der NRW-Grünen zur Bundestagswahl, mahnte ihre Partei, ein Bündnis mit der Linkspartei nicht von vornherein auszuschließen. Die nordrhein-westfälische SPD mache einen Fehler, wenn sie die Linke tabuisiere. Das Wichtigste

sei, eine schwarz-gelbe Regierung zu verhindern.

CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst bezeichnete die Grünen daraufhin als „machtgierig und skrupellos“. Um wieder in einem weichen Ministersessel zu landen, würde Frau Höhn auch mit Extremisten, Spaltern und Demagogen gemeinsame Sache machen.“

CDU nennt Grüne „machtgierig und skrupellos“

Der Kampf der Grünen gegen Rechtsradikale sei unglücklich, wenn man auf dem linken Auge blind sei. FDP-Generalsekretär Christian Lindner hält es jetzt für erwiesen, dass die Grünen nicht die freundliche und im Grunde bürgerliche Partei seien, für die sie manche hielten. In Wahrheit handle es sich um eine knallharte Gesinnungspartei, die einen Linksruck in NRW anstrebe. **LEITARTIKEL SEITE A 2**

SPORT

Fußball-Bundesliga

Bayern München	3:0
Bayer Leverkusen	3:0
1. FC Köln	1:2
Hertha BSC Berlin	1:2
VfL Wolfsburg	3:0
Borussia Dortmund	3:0
Karlsruher SC	2:3
Hannover 96	2:3

EU verordnet der WestLB eine Schrumpfkur

BRÜSSEL (RP) Die EU-Kommission zwingt die WestLB zum radikalen Umbau und treibt damit die Neuordnung der Landesbanken voran. Die Brüsseler Wettbewerbsbehörden genehmigten Milliardengarantien für die WestLB nur unter der Bedingung, dass die Eigentümer – das Land NRW und die Sparkassen – bis 2011 die Bank verkaufen. Zuvor muss die Landesbank ihre Bilanzsumme halbieren. **LEITARTIKEL SEITE A 2**

VW-Aufsichtsratschef kanzelt Porsche-Chef ab

OLBIA (RP) Im Machtkampf um den neuen Autoriesen aus VW und Porsche präsentiert sich VW-Aufsichtsratschef Piëch als Sieger. Er diktierte die Bedingungen für eine Fusion, Konzernsitz werde Wolfsburg. Auf die Frage, ob Porsche-Chef Wiedeking sein Vertrauen habe, antwortete Piëch: „Zur Zeit noch. Das 'noch' können Sie streichen.“ Die Börsenaufsicht ermittelt gegen Porsche wegen Marktmanipulationsverdacht. **PERSÖNLICH SEITE A 2**

WIRTSCHAFT SEITE B 1